

**Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion
zum Haushalt der Gemeinde Jüchen 2006**

**Dr. Holger Tesmann , Fraktionsvorsitzender
Ratssitzung am 18. Mai 2006**

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kranz,
meine Damen und Herren !**

Jüchen – die kleine Stadt auf dem Land

Unter diese Überschrift möchte ich die Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf stellen. Damit soll von Anbeginn der Zusammenhang unterstrichen werden, den von heute an jeder Haushaltsentwurf mit dem „**Leitbild Jüchen 2020**“ hat. Das Leitbild soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Darin werden die großen Ziele in der Entwicklung der Gemeinde zur kleinen Stadt vorgegeben, die sich in einem ländlichen Raum vor allem den Lebensbedürfnissen von **Jugend, Familie und Senioren** widmet. Diese Ziele müssen sich im Haushaltsplan mit seinen Teilzielen und Kennzahlen wiederfinden. In den Planzahlen von Ertrag und Aufwand je Produktbereich, Produktgruppe und Produkt werden sie mit ihren Prioritäten quantitativ erkennbar.

Das Beste an dem Haushaltsentwurf, über den wir heute abstimmen wollen, ist noch die Tatsache, dass er im Schema des **Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)** erstellt wurde. Die SPD möchte den Mut und die Bereitschaft der Verwaltung, als erste Gemeinde im Rhein-Kreis Neuss hiermit voranzugehen und den dafür erforderlichen Arbeits- und Lerneinsatz neben der täglichen Verwaltungsarbeit aufzubringen, ausdrücklich würdigen. Das soll keineswegs durch nachfolgende kritische Bemerkungen, die sich wesentlich auf die Sachlage im Gemeindehaushalt und den Ablauf des vergangenen Jahres beziehen, geschmälert werden.

Das Deprimierende an dem Entwurf ist die Tatsache, dass er schonungslos den desolaten Zustand der Gemeindefinanzen aufdeckt. Dieser Zustand hat sich auch in einem weiteren Jahr der Haushaltssicherung unter Kommunalaufsicht in 2005 nicht geändert. Haben wir denn erlebt, dass irgendein beliebiger Ausgabenbeschluß des Gemeinderats vom Landrat nicht genehmigt wurde ? Das Haushaltssicherungskonzept ist ein Kinderschreck wie Knecht Ruprecht, der nur den beeindruckt, der an ihn glaubt. Damit wird keineswegs einem bedenkenlosen Geldausgeben das Wort geredet. Das HSK 2005 enthielt einen Katalog von 12 Maßnahmen zur Einnahmesteigerung, dessen Abarbeitung sage und schreibe etwa 200 000 € eingebracht hat. Sehr gut ! Das ist nicht zu verschmähen. Aber angesichts des Haushaltsdefizits ist das zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre.

Dem strukturellen Defizit von 3,7 Mio € im Ergebnis des Haushalts 2005 folgt nun ein Fehlbetrag von 4,9 Mio € in der Ergebnisplanung 2006. Selbst wenn erwartet werden darf, daß der Fehlbetrag in den nachfolgenden Jahren sinken sollte: Die Gemeinde verbraucht ihr Eigenkapital bis zum Ende der Wahlperiode „planmäßig“ um ein Viertel. Sie nimmt die Ausgleichsrücklage der Eröffnungsbilanz bereits in 2006 schon zu drei Viertel in Anspruch und kann ihrer Verpflichtung, diese Rücklage in den Folgejahren wieder aufzufüllen, unmöglich nachkommen. Irgendwann wird sie ihr materielles Vermögen liquidieren müssen.

Lapidar heißt es im Entwurf: „Ziel muß es sein, dauerhaft den Haushaltsausgleich aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu erreichen“. Auf das „Wie ?“ blieben Verwaltung und Rat schon im letzten Jahr jede nachhaltige Antwort schuldig. Nach zwei Jahren, in denen nicht einmal das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde von der Kommunalaufsicht genehmigt werden konnte, beklagen Sie, Frau Bürgermeisterin, selbst : „**Ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Haushaltskonsolidierung liegt nicht vor.**“ Ja, warum denn nicht ? Sie verweisen

auf die Stadt Bergheim, die es geschafft hat, mit ihren Bürgern grundlegende Konsolidierungen durchzuführen. Ja, was hat denn Bergheim konkret, was Jüchen nicht hat ? Davon hätten Sie auch sprechen sollen !

Dabei kann es in der Gemeindepolitik nur um folgende Strategie gehen: **Sparsamkeit, Effizienzsteigerung und Investitionen in Zukunftschancen**. Die Hoffnung auf die wirtschaftliche Entwicklung allein ist keine Gemeindepolitik.

1. Sparsamkeit

Die begrenzten Möglichkeiten zu Einsparungen und Einnahmeverbesserungen durch die HSK-Maßnahmen wurden bereits genannt. Die Übertragung von freiwilligen Leistungen der Gemeinde in die Hand von Vereinen im Bereich von Sport und Kultur hat im abgelaufenen Zeitraum zu einem ähnlich bescheidenen Entlastungseffekt im Haushalt geführt. Die Bereitschaft und die Fähigkeiten in der Bürgerschaft, diese Leistungen selbst zu organisieren, sind großartig. Aber die Grenzen sind erreicht. Wie soll das weitergehen ?

Die gesellschaftliche Wertschöpfung in Deutschland insgesamt ist auf dem Gipfel ihrer Wachstumsgeschichte und wächst weiter, wenn auch ein bisschen langsam. Sie ist groß genug, daß bei **angemessener Verteilung – und DAS ist das Kernproblem unserer Zeit** - die Kommunen ihren verfassungsmäßigen Auftrag zum Wohle der Bürger wahrnehmen können. Dieser Auftrag bezieht sich keineswegs allein auf die Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben. Im Gegenteil ! In Artikel 18 der Landesverfassung NRW heißt es, dass Kultur, Kunst, Wissenschaft und Sport durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern sind. Und damit sind auch alle freiwilligen Leistungen gemeint, die in einer aktiven Bürgergesellschaft die sozialen Bindungen und die persönliche Entfaltung in der Gemeinschaft unterstützen helfen.

Die freiwilligen Leistungen der Gemeinde sind in den letzten Jahren um über die Hälfte zusammengestrichen worden. Hier ist ein Schlusspunkt zu setzen. Eine angemessene Verteilung des Erwirtschafteten ist nicht über den Markt, sondern allein über die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu erreichen. Gewaltsame Sparmaßnahmen aber, die die dauerhaften Grundlagen und die Entwicklung der Gemeinde gefährden, lehnt die SPD ab.

Dazu gibt es in der gegenwärtigen Diskussion ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel. Gerade da, wo ein guter Teil des Eigenkapitals der Gemeinde angesiedelt ist und ein beträchtlicher Aufwand hinfließt, wo auch ihre Vision von „Jüchen 2020“ eine werbewirksame Außenwirkung entfaltet, nämlich im Bereich des Sports und der Freizeitgestaltung, gerade da ist ein Kleinstbeitrag zur Sicherstellung der Geschäftsaktivitäten, wie vom Gemeindefortschrittverband gefordert, hocheffizient. Er darf nicht einer rigiden Sparmentalität unterliegen, die sich selbst das Wasser abgräbt. Und das gilt auch für alle anderen kulturellen Initiativen und Vereinigungen in der Bürgerschaft.

2. Effizienzsteigerung

Die Effizienz in technischen Bereichen wie z.B. Abwasserbetrieb, Abfallentsorgung, Bauhof, Energieversorgung oder Personenbeförderung zu steigern, ist eine ständige Aufgabe. Für die Lebenshaltungskosten und damit für die **Attraktivität des Wohnens und Bauens** in der Gemeinde hat sie eine kaum zu unterschätzende Bedeutung. Dabei muß man sich darüber im Klaren sein, dass die Hoffnung trügerisch ist, mit zunehmender Einwohnerzahl sänken die

spezifischen Kosten in jedem Fall drastisch. Eine Abschätzung für den Abwasserbetrieb hat ergeben, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem Jüchen über 25 000 Einwohner zählt und sich stolz „Kleine Stadt“ nennt, die Kosten je Einwohner um nicht viel mehr als 10% sinken werden. Damit wird Jüchen im Quervergleich immer noch in der Spitzengruppe liegen wird.

Der Aufwand in der Schülerbeförderung hat in 2005 um mehr als 20% (ca. €250 000) zugenommen. Das muß zu neuen, d.h. (wie so häufig) zur Wiederaufnahme alter Überlegungen führen. Das ist in diesem Fall die Organisation eines Netzes von Anruf-Linientaxis. Dieses Konzept ist ebenso geeignet, die Anbindung der dörflichen Einheiten im Norden der Gemeinde, z.B. zwischen Schlich und Bhf. Jüchen oder Damm und Bhf. Kapellen, zu bewerkstelligen.

Die verwaltungstechnische Effizienz stellt sich erfreulich dar. Jüchen liegt in NRW mit seinen Personalausgaben pro Einwohner (302 €) - um nur eine grobe Kennzahl zu nennen - auf Platz 130 (1. Platz Raesfeld 186 €) und weit vor allen anderen Kommunen des Rhein-Kreises Neuss. Natürlich muß man zusätzlich den Aufgabenkatalog in Betracht ziehen, der für die Einwohner erbracht wird. Wir haben aber keinen Grund, ein willkürliches und pauschales Streichorchester zur Senkung der Personalkosten einzusetzen, wie es die CDU verlangt hat. Veränderungen ergeben sich allein aus der Steigerung der Effizienz. Die **Verwaltungsstrukturreform** wird deshalb stetig fortzusetzen sein auch in Bezug auf Personalzuordnung und Verantwortlichkeit entsprechend der neuen Produktstruktur im NKF. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Dienstleistung der Verwaltung von der Bürgerschaft beurteilt wird. Frau Bürgermeisterin, könnte man nicht zur Hälfte Ihrer Amtszeit eine Umfrageaktion mit der Aufforderung zu Verbesserungsvorschlägen starten ? Auch das trägt zum Standortmarketing und zur Bürgernähe bei.

Wir müssen uns aber mit den Erscheinungen befassen, die im Verwaltungsgeschehen unerfreulich und Kosten treibend sind.

Unser Kämmerer hat die wichtigsten Gründe genannt und beziffert, die das Haushaltsdefizit der Gemeinde 2005 ausmachten. Einen bestimmten Grund für außerordentliche Belastungen hat er aber nicht genannt: die **Verluste, die aus Schadensfällen**, Pfusch am Bau und aussichtslosen Regreßforderungen der Gemeinde entstehen. Was kommt z. B. im Fall des Gierather Feuerwehrhauses noch auf uns zu ? Allein im Rechtsstreit um die Realschule können die geplatzten Forderungen mehrere hunderttausend Euro betragen. Aufsummiert über alle anstehenden Fälle könnten sie leicht die Millionengrenze übersteigen. Ich bitte für Ende 2006 schon heute um exakte Zahlen.

Diese Erfahrungen müssen Anlaß sein, zu **Verbesserungen im Qualitätsregime für öffentliche Aufträge** zu kommen. Das betrifft die Auswahlkriterien für Anbieter, die Bürgerschaftsaufgaben gegen Insolvenzen, die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Dies geht in wesentlichen Teilen aber über die kommunale Ebene hinaus und ist auch eine Forderung an den Landesgesetzgeber.

Ein anderer Punkt. Die neue Verwaltung ist energisch daran gegangen, **Altlasten der Vergangenheit** aufzuarbeiten und Interessenkonflikte zwischen Bürgern und Gemeinde zu lösen. Es geht einerseits um mögliche Fehlentscheidungen, die die CDU seinerzeit mit ihrer Mehrheit getragen hat und heute relativiert, und andererseits um die finanziellen Ansprüche der Gemeinde.

Ich habe es in diesem Zusammenhang nicht nur einmal erlebt, dass Parteigänger der CDU in den Ausschüssen als Zuhörer das Wort ergriffen, um ihre Forderungen zu vertreten. Ihre Argumente waren: „Ich bin seit 30 Jahren in der CDU!“ oder „Wofür haben wir euch eigentlich gewählt?“, ganz so, als sei die Gemeinde das Eigentum der CDU.

Es ist offensichtlich, dass sich die CDU-Fraktion gegen eine derartige Mentalität nicht abgrenzen kann. Was ist die Folge? Ein Ausschuss befasst sich innerhalb von 12 Monaten dreimal mit der selben Beschlußvorlage. Entscheidungen werden verschoben und halbherzige Maßnahmen zugestanden. Suboptimale und daher Kosten treibende Teillösungen werden angenommen. Die Gemeinde muß wiederholt Rechtsgutachten einholen. Musterprozesse werden vereinbart. Und solange ihre Klientel nicht beruhigt ist, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende: „Wir haben alle Zeit der Welt.“ Eine solche Behandlung der Probleme vergeudet nur Kraft, Zeit und Geld.

Ein weiterer Punkt. Wir hoffen auf eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage. Wie waren die Auswirkungen in 2005 für die Gemeindeeinnahmen? Der Einkommensteueranteil der Kommunen ist in Bund und Land durchschnittlich ebenso wie in Jüchen praktisch gleich geblieben – schließlich gab es eine große Steuersenkung, für die oberen Einkommen mehr als für die unteren. Die Gewerbesteuer hingegen ist um durchschnittlich 14% gestiegen, aber **in Jüchen überhaupt nicht**. Warum, das wissen wir nicht. Wie ist das Geschäftsklima? Der Auftragseingang? Hat sich die Zahl der Steuern zahlenden Betriebe geändert durch Zugang, Weggang, Aufgabe des Betriebs? Vergebliche Fragen. Wo wir aber die Ursachen einer Entwicklung nicht kennen, ist es unmöglich, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Und zuletzt: Wie schön ist es, ein Haus Katz zu besitzen, dessen Sanierung in den nächsten Jahren mehr als eine halbe Million Euro kosten wird?! Wie soll das Geld aufgebracht oder anderswo eingespart werden? Können wir das Schlösschen nicht zum Weltkulturerbe erheben? Hat sich RWE Power nicht schon als Mäzen angeboten?

Aber nun im Ernst: Haben wir nicht 1 % all dieser verausgabten Gelder zur Verfügung, um damit eine **aktive Wirtschaftsförderung** zu finanzieren, die uns neue Einnahmequellen in der Zukunft erschließen hilft?

3. Zukunftschancen

Womit kann sich Jüchen einen Namen machen? Bereits ein klar formuliertes und zielbewußtes „**Leitbild Jüchen 2020**“ ist ein wichtiger **Faktor eines wirksamen Standortmarketings**. Ein Standortmarketing fehlt uns bisher vollständig. Es fehlt hierzu an Ideen und Manpower. Es fehlt selbst an Ideen, nach Ideen zu suchen, die im kommunalen Umfeld von anderen längst erfolgreich realisiert worden sind. Darin hatte sich schon in der Vergangenheit die absolute Mehrheit der **CDU im Rat als absolute Langsamkeit** für die Entwicklungsdynamik der Gemeinde erwiesen. „Wir gestalten Jüchen“? Aber meine Damen und Herren von der CDU, was Sie da sagen!?! Sind es nicht vielmehr das Braunkohleloch und die Finanzmisere und das persönliche Eigeninteresse einzelner, die die Gemeinde vor sich her treiben?

Eine ideenreiche Initiative Ihrerseits, um die eigenen Möglichkeiten der Gemeinde zu mobilisieren, ist weit und breit nicht zu sehen. Ihr Fraktionsvorsitzender möchte in der Politik erst

alles bewiesen haben, bevor es mit seiner Zustimmung in die Realität umgesetzt werden darf. Mit einer solchen Philosophie wäre aber z.B. die Demokratie nie entstanden. Was wir brauchen, ist Mut zur Initiative.

Jüchen ist als Wirtschaftsstandort immer noch weitgehend unbekannt. Das niederschmetternde Gutachten der IHK zur Qualität der Wirtschaftsförderung in Jüchen stammt von Ende 2002. Es hat mehr als zwei Jahre gedauert, bis daraus konzeptionelle Konsequenzen gezogen wurden. Aber auch ein gutes Konzept ist ein schlechtes Konzept, wenn es nicht in die Realität umgesetzt wird. Und davon kann bis heute keine Rede sein. Wir stehen immer noch an der selben Stelle wie vor einem Jahr, als die SPD wegen dieser Mängel ihre Zustimmung zum Haushalt 2005 verweigerte.

Dabei müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Ich habe noch im Ohr, als es im letzten Jahr um ein neues **Konzept zur Baulandpolitik** ging, dargestellt am Modell der Stadt Willich. „Ein Ringeltäubchen“ wurde es vom CDU-Fraktionsvorsitzenden genannt, d.h. ein einmaliger, nicht nachahmbarer Sonderfall. Kurz darauf konnten wir 10 Kommunen in unmittelbarer Nähe benennen, später lag unserer Bürgermeisterin eine Liste von gut 100 Kommunen vor, die schon z.T. Jahrzehnte lang eine erfolgreiche Baulandpolitik unter Abdeckung ihrer Infrastrukturkosten betrieben. Drei Kommunen stellten ihr Modell hier vor. Ein Beschluß wurde gefasst, ein für Jüchen geeignetes Konzept zu formulieren. Heute, bald ein Jahr später, liegt es immer noch nicht vor.

Ähnliches gilt für die unendliche Geschichte einer Entwicklungsgesellschaft oder einer „Jüchen Bau“. Seit den 90er Jahren zum wiederholten Male und auch in diesem Jahr wieder beschlossen, liegt mit dem heutigen Tag (!) erst ein Papier vor, das die rechtlichen Grundlagen einer wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde beschreibt. Das ist eine unerlässliche Voraussetzung und ein guter Anfang. Aber es wird auch darauf verwiesen, dass die Landesregierung einschneidende Änderungen der Gemeindeordnung plant. Da soll nicht nur das Bürgermeisteramt auf acht Jahre besetzt und aufgewertet, der Gemeinderat demgegenüber abgewertet werden. Es sollen auch die bisherigen Möglichkeiten der Gemeinde zu wirtschaftlicher Betätigung eingeschränkt werden nach der gewagten neoliberalen Theorie, dass alles Private effizienter sei. Kommt Jüchen mit seinem zaghaften Versuch wieder einmal zu spät ?

Wer oder was bestimmt in diesen Zusammenhängen den Gang der Dinge ? Langsamkeit oder Mutlosigkeit oder Kapazitätsmangel oder alles zusammen. Man darf wählen.

Der Haupt- und Finanzausschuß hat einen Arbeitskreis „Wirtschaftsförderung und Liegenschaften“ gebildet. Dieser Arbeitskreis sollte endlich wirklich an der Förderung arbeiten und nicht nur zusammen gerufen werden, um der Verwaltung ein Liegenschaftsthema abzusegnen. Anfang 2005 wurde auf SPD-Antrag beschlossen, ein **Brainstorming zur Wirtschaftsförderung** durchzuführen. Zu einer breit angelegten Diskussion und Ideensuche ist es allerdings bis heute nicht gekommen.

Ein Versuch wurde auf Drängen der SPD gestartet. Nach drei Jahren (!) erfolgloser Bemühungen um den **Regiopark 3000** wurde ein erster Bericht dazu von der WFG Mönchengladbach verlangt und vor einem Jahr entgegengenommen. Dieser Bericht war substanzvoll so kümmerlich, dass ich mich in meiner Berufszeit nicht getraut hätte, so etwas abzuliefern, ohne meinen Job zu riskieren. Die Gemeinde und die Bürgermeisterin werden hier in ihrem Anliegen überhaupt nicht ernst genommen. Aus der Sicht eines Wirtschaftsmanagers der WFG ist das verständlich, denn die Gemeinde hat keinerlei eigenes Konzept, mit dem er sich auseinan-

dersetzen müsste. Also wurde auf Antrag der SPD hin beschlossen, ein eigenes Marketingkonzept zu entwickeln. Es sollte als mögliche Alternative zur gegenwärtigen, vertragsrechtlich nicht abgesicherten Strategie für den Regiopark 3000 dienen. Schon in der Niederschrift wurde dieser Beschluß ignoriert und ein Protest der SPD dagegen ebenfalls. Seit Anfang des Jahres hat unsere Bürgermeisterin bei der WFG Mönchengladbach angestanden, um einen nächsten Berichtstermin nun bald im Mai zu erreichen.

Was haben wir für Möglichkeiten, mit denen sich Jüchen als „**Kleine Stadt auf dem Land**“ einen Namen machen kann ? Ich möchte hier einige Ideen vortragen.

1. Zur Zeit wird das Wohngebiet „Auenfeld“ entwickelt, und wenn es planmäßig in 5 Jahren vollendet sein wird, soll das Wohngebiet in Jüchen-West angegangen werden. Wie wäre es mit einem **Architektur-Wettbewerb für Jüchen-West**, der ein Modell modernen und sozialen Wohnens ausarbeitet ? Das betrifft sowohl die städtebauliche Struktur als auch die Einzelbauten in Stil, Material, Energieeffizienz und sozialer Konzeption entsprechend dem Leitsatz „**Lebensqualität für Jung und Alt – jetzt und in der Zukunft**“. Dieser Satz des Leitbildes soll doch Folgerungen haben – oder nicht ? Kürzlich haben wir erleben können, wie ein Investitionsvorhaben gerade wegen seiner sozialen Konzeption aus privaten Interessen im Rat blockiert werden sollte.
2. Die Lebensbedürfnisse von Jugend, Familie und Senioren geben die allgemeine Richtung vor, nach Chancen, Konzepten und Prioritäten zu suchen. Ein Vorschlag, der sich daraus ableitet, lautet: Die Gemeinde bietet ein geeignetes Grundstück an zur Errichtung eines weiteren **Wohnheims für Senioren**. Wie wird ein Träger für diese Einrichtung gefunden ?
3. Das Gemeindegebiet wird zu drei Vierteln von etwa 100 Betrieben landwirtschaftlich genutzt. Das muß einen Stellenwert für die Gemeinde haben ! Der verbreitete Zuckerrübenanbau gerät bei zunehmender Öffnung des Weltmarkts unter Druck. Stellen wir nun eine Verbindung her zur Bauplanung in Jüchen-West: Was halten Sie von der Schlagzeile, dass Jüchen als erste Kommune im Rhein-Kreis Neuss mit dem **Anbau von Energiepflanzen beginnt und eine Biomasse-Anlage** betreiben will zur Versorgung der Neubauten mit Wärme und Strom ?
4. Der Gemeindegewerkschaftsverband hat sich mit aller wünschenswerten Klarheit in die Debatte um das „Leitbild Jüchen 2020“ eingeschaltet. Seine hoffnungsvolle Vision ist „**Jüchen – die Sportgemeinde**“. Nun wird es sehr schwer sein, Sponsoren zu finden, die den VfL Jüchen in vernünftiger Zeit in die Bundesliga katapultieren. Da ist es schon eher denkbar, dass ein Teilnehmer Jüchens in einer olympischen Disziplin eine Medaille gewinnt. Aber bevor wir in die übliche Abwehrhaltung der Trägen versinken: Wie wäre es mit einem Marathonlauf zur Schützenfestzeit mit Biergarten-Stationen für die Zuschauer ? Wie wäre es mit einem Amateur-Festival der Straßen-Radler durch Stadt – Dorf – Land in allen Altersklassen ? Wie wäre es mit einem landesweiten Reitturnier, das mit Hilfe der zahlreichen Reiterhöfe Jüchens konzipiert wird ?

Das sind nur einige Fantasien, aber wir brauchen zehn oder mehr davon. Und wenn auch nur eine in die Realität umgesetzt werden kann, ist das schon unvergleichlich viel mehr als heute geschieht.

Schon vor vielen Jahren wurde die Berufung eines „Gestaltungsbeirats“ für die Entwicklung der Gemeinde von der CDU verworfen. Aber wir brauchen Fantasie und Expertise auch von Außen ! Sie müssen zusammengebracht werden, damit Wirtschaftsförderung erfolgreich sein kann. Hierzu hat die SPD-Fraktion ihren Antrag im Haupt- und Finanzausschuß eingebracht, eine gemischte **Projektgruppe aus Rat, Verwaltung und unabhängigen Experten** zu bilden. Sie soll die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durch Erkundung, Bewertung, Ideenfindung und Konzeptentwicklung unterstützen.

Wer hierbei den Einfluß „politikfremder Gruppen“ fürchtet, offenbart lediglich seine Angst vor neuen Impulsen und vor Verlust seiner Kontrolle. Nichts ist weniger berechtigt als das. Ich fordere gerade die Jüngeren und Berufsaktiven in der Fraktion der Langsamkeit auf, sich mit ihren Ideen und Initiativen einzubringen. Um Chancen für die Zukunft wahrzunehmen, müssen wir konventionelle Abwehrhaltungen überwinden. Den Erfolg garantiert uns niemand, aber den Versuch nicht gemacht zu haben, wäre unverzeihlich.

Die SPD-Fraktion geht fest davon aus, dass diese Projektgruppe unverzüglich zustande kommt und ihre Arbeit aufnimmt. Die SPD wird ein fortgesetztes Ausgabenkürzen und Schuldenmachen - ohne eine **langfristige Strategie zur Konsolidierung** wie bisher - nicht mitverantworten.